

# Müssen Christen dem Staat blind gehorchen?

## Paulus und das römische Imperium in Röm 13,1–7

<sup>1</sup>Jeder ordne sich den Trägern der staatlichen Gewalt unter. Denn es gibt keine staatliche Gewalt außer von Gott; die jetzt bestehen, sind von Gott eingesetzt. <sup>2</sup>Wer sich daher der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes, und wer sich ihm entgegenstellt, wird dem Gericht verfallen. <sup>3</sup>Vor den Trägern der Macht hat sich nicht die gute, sondern die böse Tat zu fürchten; willst du also ohne Furcht vor der staatlichen Gewalt leben, dann tue das Gute, sodass du ihre Anerkennung findest! <sup>4</sup>Denn sie steht im Dienst Gottes für dich zum Guten. Wenn du aber das Böse tust, fürchte dich! Denn nicht ohne Grund trägt sie das Schwert. Sie steht nämlich im Dienst Gottes und vollstreckt das Urteil an dem, der das Böse tut. <sup>5</sup>Deshalb ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. <sup>6</sup>Das ist auch der Grund, weshalb ihr Steuern zahlt; denn in Gottes Auftrag handeln jene, die Steuern einzuziehen haben. <sup>7</sup>Gebt allen, was ihr ihnen schuldig seid, Steuer, wem ihr Steuer schuldet, Zoll, wem ihr Zoll schuldet, Furcht, wem ihr Furcht schuldet, Ehre, wem ihr Ehre schuldet! (Röm 13,1–7)

## // Das Problem: Absolute Unterordnung unter jede staatliche Gewalt?

Absolute Unterordnung unter den Staat, der auch noch als Setzung Gottes legitimiert wird – was Paulus da von seinen Leserinnen und Lesern fordert, scheint uns heute unangemessen und unerträglich. Zu lebendig ist die historische Erinnerung an die Unrechtsherrschaft des deutschen Nazi-Regimes, zu deutlich nehmen wir nationalistische und totalitäre Regierungen der Gegenwart wahr, zu wichtig sind uns aktuelle Proteste für den Klimaschutz als Ausdruck gelebter Demokratie. Die kirchliche Tradition jedoch las den Text bis ins 20. Jahrhundert so, dass er die von Gott eingesetzte Autorität des Staates festschreibt, der sich Christen grundsätzlich unterzuordnen haben. Wo bleibt Raum für kritischen Einspruch und für notwendige Differenzierungen?

Nun könnte man sich mit der Auskunft behelfen, Paulus ordne sich eben in den staatstheoretischen Diskurs der Antike ein, in dem Herrschaft als göttlich legitimiert galt und von den Beherrschten Unterordnung und Gehorsam gefordert war. Aus der Sicht heutiger Demokratien, die die Legitimation der Staatsgewalt auf den Volkswillen gründen, kann man den alten Text des Paulus dann nur noch als überholt beiseite legen.

Doch es lohnt sich, noch einmal genauer hinzuschauen. Denn der Text enthält einige „Brüche“ an der vermeintlich glatten Oberfläche, und es würde doch sehr überraschen, würde Paulus die Schattenseiten der römischen Herrschaft einfach ausblenden.

## // Ein situationsbezogener Text

Bedenken wir zunächst, für wen der Römerbrief geschrieben wurde: für kleine, weitgehend rechtlose Christus-Gemeinden, die als Minderheit in der Großstadt Rom – der Hauptstadt des römischen Weltreiches! – lebten. Verdächtigungen, Diskriminierungen und Anfeindungen durch ihre Mitbewohner konnten schnell zur Bedrohung ihrer Existenz werden. Der Aufruf an die Gemeinden in Röm 12,14: „Segnet die, die euch verfolgen; segnet und verflucht nicht“, zielt auf feindselige Mitbewohner. Deeskalation ist das Ziel. Den traurigen Höhepunkt solchen Misstrauens bildete – wenige Jahre nach dem Römerbrief – die (auf die Stadt Rom beschränkte) behördliche Verfolgung von Christen unter Nero 64 n. Chr. im Zusammenhang mit dem Brand Roms. Diesen Gemeinden braucht Paulus keine allgemein gültige Staatstheorie vorzulegen, sondern er möchte zur Bewältigung ihrer konkreten Situation beitragen. Bei den „Trägern der staatlichen Gewalt“ (Röm 13,1) – wörtlich übersetzt: „den übergeordneten Obrigkeiten“ – können die Adressaten dann auch ganz konkret an die Magistrate, Stadtbeamten und Richter in Rom gedacht haben, bis hin zur höchsten Autorität, dem Kaiser.

## // An der Oberfläche: Angleichung an die römische Ordnung

Es fällt auf, dass in Röm 13,1–7 kein einziger spezifisch christlicher Gedanke zu finden ist. Die Unterordnung, die Paulus anmahnt, gilt für „jeden“ (und „jede“) im ganzen römischen Weltreich. Damit wird bereits von Anfang an klar, wie der Text zu lesen ist. Er entspricht – zumindest an der Oberfläche – ganz der römischen Welt-

ordnung und will ein Verhalten zeigen, das völlig konform mit der römischen Erwartung an die Untertanen ist. So könnte Paulus in der römischen Öffentlichkeit sprechen und würde allgemeine Zustimmung finden – gerade auch seitens der politisch Mächtigen: Die Herrscher sind göttlich legitimiert (Vers 1); Widerstand würde die göttliche Ordnung stören und zur Verurteilung führen (Vers 2); die Herrscher regieren als Diener Gottes und unterstützen die Durchsetzung des Guten, indem sie das böse Tun mit dem „Schwert“, mit legitimer Gewalt und Strafe verfolgen; wer sich hingegen in die herrschende Ordnung einfügt, ist aner kennenswert (Verse 3 und 4); Unterordnung ist eine innere, im Gewissen begründete Notwendigkeit (Vers 5); die Tributzahlung („Steuern“) ist selbstverständliche Gegenleistung für die staatliche Ordnung und die Pax Romana (Vers 6); Steuern, Zölle, Furcht, Ehre – all dies schuldet man dem römischen Imperium und seinen Vertretern (Vers 7).

Wer sein Verhalten an diesem Kodex orientiert, vermeidet Konflikte mit der Obrigkeit. Jetzt verstehen wir, welche Absicht Paulus mit Röm 13,1–7 verfolgt, nämlich eine Schutzfunktion für die römischen Christus-Gemeinden: Er will ihre Existenz trotz Spannungen und Konfliktpotenzial mit der Obrigkeit in Rom sichern. Selbst wenn römische Magistrate ihnen ablehnend gegenüberstehen, bleibt den Christen eine Handlungsoption: Sie können sich „gut“ verhalten. Und das heißt hier in Konformität mit ihrer Umwelt zu leben, sodass sie nicht aus dem Verhaltenskodex des römischen Imperiums herausfallen. Sichtbarer Ausdruck ihrer Loyalität ist ihre bereitwillige Steuerzahlung. Die Christen erscheinen nach außen als Stadtbewohner wie alle anderen auch. Sie machen sich weniger angreifbar – und schützen ihr Leben, das sie dann im Binnenraum der christlichen Gemeinden gestalten können.

## // Zwischen den Zeilen: Kritische Töne

Damit ist aber noch nicht alles gesagt. Manches in diesem Text müsste den römischen Gemeinden doch eigenartig erschienen sein, und so lädt der Text dazu ein, einmal zwischen den Zeilen zu lesen. Zunächst: Die Gemeinden werden die jüdische Vorstellung gekannt haben, dass die (legitimierende) Einsetzung der Machthaber durch Gott auch die (verantwortliche) Rückbindung der Herrscher an Gott bedeutet. Eine kritische Perspektive auf die Herrscher ist so die Kehrseite der göttlichen Legitimation. Ein Anspruch an die Herrschenden wird hörbar, wie ihn Weish 6,3–4 formuliert: „Der Herr hat euch (den Königen) die Gewalt gegeben, der Höchste die Herrschaft, er, der eure Taten prüft und eure Pläne durchforscht. Ihr seid Diener seines Reichs, aber ihr habt kein gerechtes Urteil gefällt, das Gesetz nicht bewahrt und die Weisung Gottes nicht befolgt“. Es dürfte kein Zufall sein, dass Paulus in Röm 13 von Gott im Singular spricht und sich so nicht auf die römischen Götter, sondern auf den einen Gott Israels bezieht. Die Frage stellt sich: Wird die römische Herrschaft, werden die angeblichen „Diener Gottes“ diesem Gott gerecht?

So sensibilisiert, werden weitere Spannungen zur römischen Obrigkeit hörbar. (1) „Anerkennung“ bedeutet öffentliche Auszeichnung und Ehre und war für die römische Elite wichtig – woran die Christen keinen Anteil hatten. (2) Wie würde man eine Herrschaft bewerten, die das Böse fördert und nicht das Gute? Und was ist eigentlich das Böse und das Gute? (3) Unterordnung kann auch aufgrund der Machtverhältnisse „notwendig“ sein („Strafe“), und ein gutes Gewissen fehlt dabei. (4) Paulus verweist ausgerechnet auf das (immer) unbeliebte Steuerzahlen. Tribute, Abgaben und Zölle konnten von denen, die sie zu bezahlen hatten, durchaus als Belastung und wirtschaftliche Bedrohung erfahren werden (und nicht als

legitime Finanzierung der römischen Ordnung), zumal die Steuerpächter nicht zimperlich vorgingen. (5) „Steuern“, das heißt Tribute, wurden nur (als Kopf- und Grundsteuer) von den unterworfenen Völkern in den Provinzen erhoben, nicht in Rom selbst. Daher konnten sie, je nach Perspektive, auch als Zeichen militärischer Unterdrückung durch Rom verstanden werden. Plötzlich erscheint die Herrschaft Roms in negativem Licht: Sie wird zur Fremdherrschaft, der die Christen unterworfen sind, ohne wirklich dazu zu gehören. Schließlich leben sie jetzt unter einer neuen Herrschaft, der ihres himmlischen Herrn, des Christus (Messias) Jesus (Röm 1,3–4; 8,34). Indirekt wird damit der Herrschaftsanspruch des römischen Kaisers radikal relativiert. (6) Am Ende fragt sich, ob die Christen nicht doch eher Gott Furcht und Ehre schulden als der staatlichen Gewalt (man denke an Mk 12,17). Was sie dem Staat wirklich schuldig sind und was gerade nicht, müssen sie im Bewusstsein ihrer Verpflichtung gegenüber Gott im Einzelfall selbst entscheiden.

## // **Tiefendimension: Innere Distanz zur römischen Herrschaft**

Hört man auf die Zwischentöne des Textes, erhält er eine politische Tiefendimension. Ein doppeldeutiges Sprechen in Bezug auf Machthaber war übrigens auch schon in der Antike bekannt. Dann leitet Röm 13,1–7 die Christus-Gemeinden in Rom zu einer inneren Distanz gegenüber den politischen Funktionsträgern an. Sie müssen dem weltanschaulichen Anspruch des römischen Kaisers, der von den Göttern erwählte Weltherrscher zu sein, der überall Frieden und Wohlstand bringt, nicht folgen. Ihre Ohnmacht gegenüber politischer Willkür wird für sie erträglicher im Wissen darum, dass

die Träger staatlicher Gewalt in Verantwortung vor Gott stehen und im Endgericht von ihm ihr Urteil erhalten werden. Wenn die Gemeinden auf die ausgleichende Gerechtigkeit Gottes hoffen dürfen, entsteht eine innere Freiheit und auch ein innerer Widerstand gegenüber der römischen Herrschaft, was zur Bewältigung der Lebenssituation beiträgt und die Gemeinden in ihrer Identität bestärkt.

## // In aller Kürze ...

Statt sich über den blinden politischen Gehorsam, den Paulus in Röm 13,1–7 vermeintlich fordert, zu wundern, lohnt sich ein tieferer Blick auf diesen kontrovers diskutierten Text. Dann enthüllt er die Haltung eines durchaus romkritischen Autors. Primär rät er den Gemeinden in Rom, nach außen hin Loyalität gegenüber der römischen Herrschaft zu demonstrieren und sich dadurch vor Übergriffen zu schützen. Zugleich öffnet er ihnen ein Fenster, um aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in innerer Distanz zu dieser Herrschaft zu leben – und ihr Vertrauen auf den eigentlichen Herrn der Welt, auf Christus zu setzen. Gestalt gewinnt diese neue Zugehörigkeit in den Gemeinden, die eine andere Form des Zusammenlebens als die in der römischen Gesellschaft übliche Hierarchie pflegen (sichtbar in Röm 12,2–8). Damit wirken sie aus sich heraus politisch subversiv. Könnte das nicht auch die Aufgabe der Christen, der Kirchen in den politischen Welten unserer Gegenwart sein?

STEFAN SCHREIBER

## // Zum Weiterlesen

STEFAN SCHREIBER, Imperium Romanum und römische Gemeinden. Dimensionen politischer Sprechweise in Röm 13, in: ULRICH BUSSE (Hrsg.), Die Bedeutung der Exegese für Theologie und Kirche (Quaestiones disputatae 215), Freiburg im Breisgau 2005, 131–170.

STEFAN SCHREIBER, Paulus als Kritiker Roms? Politische Herrschaftsdiskurse in den Paulusbriefen, in: STEFAN SCHREIBER, Rand-Perspektiven. Beiträge zur kulturellen Interaktion der ersten Christen mit ihrer Lebenswelt (Stuttgarter Biblische Aufsatzbände 72), Stuttgart 2021, 157–185.

Mit jeweils anderen Akzenten:

STEFAN KRAUTER, Studien zu Röm 13,1–7. Paulus und der politische Diskurs der neronischen Zeit (Wissenschaftliche Untersuchungen zum Neuen Testament 243), Tübingen 2009 (grundsätzliche Herrschaftslegitimation!).

GERD THEISSEN/PETRA VON GEMÜNDEN, Der Römerbrief. Rechenschaft eines Reformators, Göttingen 2016, 117–123.

MICHAEL WOLTER, Der Brief an die Römer. Teilband 2: Röm 9–16 (Evangelisch-Katholischer Kommentar zum Neuen Testament VI/2), Ostfildern/Göttingen 2019, 306–329.